

Rat		08.09.2016
<u>öffentlich</u>	Vorlage Nr.	619/2016-3
	Stand	21.07.2016

Betreff Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.04.2016 betr. Regionale Kriminalitätsstatistik

Sachverhalt

Die beigefügte Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.04.2016 betr. Regionale Kriminalitätsstatistik 2015 wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Gibt es in der Kriminalstatistik 2015 Anzeichen für eine längerfristige Tendenz oder sind die dort unterbreiteten Angaben lediglich als kurzfristig zu betrachten?

Antwort: Zur Beantwortung der Frage wurde die zuständige Polizeibehörde um Stellungnahme gebeten. Eine schriftliche Antwort liegt noch nicht vor. Sobald eine Antwort vorliegt, wird diese dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

Frage 2: Welche künftigen Möglichkeiten einer Erweiterung der Prävention sieht die Verwaltung, z. B. im Straßenbau und bei der Gestaltung von Wohngebieten?

Antwort: Zukünftig sollte insbesondere bei neuen Wohngebieten das Entstehen sogenannter „Angsträume“ vermieden werden. Bereits heute wird bei der Planung von Wohngebieten darauf geachtet, dass derartige "Angsträume" nicht entstehen. Dies kann z.B. durch die Anordnung der Gebäude oder eine ausreichende Beleuchtung bzw. Ausleuchtung von Straßen, Wegen und Plätzen erreicht werden. Ebenfalls kann ein rechtzeitiger Rückschnitt oder die Beseitigung von Überwuchs von Sträuchern und Hecken zu einem positiven Ergebnis führen.

In wie weit eventuell Festsetzungen in Bebauungsplänen dem Sicherheitsaspekt Rechnungen tragen können, wird noch abschließend geprüft. Das Ergebnis wird dem Haupt- und Finanzausschuss zur Sitzung am 03.11.2016 mitgeteilt.

Frage 3: Halten die kommunalen Spitzenverbände und die Verwaltung eine Verlagerung von Aufgaben der Polizei auf eine kommunale Ordnungsbehörde für sinnvoll?

Antwort: Zur Beantwortung der Frage wurden die kommunalen Spitzenverbände um Stellungnahme gebeten. Eine schriftliche Antwort liegt noch nicht vor. Sobald eine Antwort vorliegt, wird diese dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

Frage 4: Besteht die Möglichkeit der Einladung eines Vertreters der Polizeibehörde in eine der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zwecks Vertiefung /Erörterung der gesamten Thematik?

Antwort: Ja. Die Polizeipräsidentin Bonn wurde für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.11.2016 eingeladen.

Anlagen zum Sachverhalt

Anfrage